

Antworten von Bündnis 90/Die Grünen

1. Energiepolitik/Braunkohle/Klimaschutz

Wann planen Sie, aus der Kohleverstromung als Brückentechnologie auszusteigen?

Wir wollen bis 2030 aus der Kohle in Brandenburg ausgestiegen sein. Unser Konzept für 100 Prozent Erneuerbare ist kein Wunschtraum, sondern wirtschaftlich machbar. Die Energiestudie des Reiner-Lemoine-Institut (RLI) zeigt: Wir können den Energiebedarf in Brandenburg und Berlin zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken – beim Strom bis zum Jahr 2030 und bei der Wärme bis 2050. Die Nutzung der Brandenburger Potentiale für erneuerbare Energien schafft Arbeitsplätze und steigert die regionale Wertschöpfung. Ein Umstieg auf 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen ist laut Studie nicht teurer als ein Umstieg auf Erdgas. Die Studie finden Sie hier: <http://gruenlink.de/pg3>. Die Schönrechnung des geringeren CO₂-Ausstoßes durch CCS lehnen wir konsequent ab.

Setzen Sie sich gegen die neuen Tagebaue und für den Erhalt der Dörfer Atterwasch, Grabko, Kerkwitz und Proschim ein?

Mit dem Ausstieg aus der Kohle bis 2030 sind neue Tagebaue überflüssig. Die Bevölkerung in der Lausitz braucht endlich Sicherheit, dass Enteignung und Umsiedlung im Namen der Braunkohle nie wieder stattfinden. Wir Grüne kämpfen gegen neue Tagebaue, damit die Dörfer gerettet werden und das Klima geschützt wird.

Wie wollen Sie einen Strukturwandel in der Region anstoßen und begleiten?

Der Ausstieg aus der Kohle bedeutet einen großen Strukturwandel, den wir aktiv mit den Menschen in der Region gestalten wollen. Wir wollen ein „Zukunftskonzept Lausitzer Braunkohleregion“ mit breiter Beteiligung in der Region erarbeiten. Die Umstellung auf erneuerbare Energien bietet gleichzeitig neue Perspektiven für die Menschen, ihre Arbeitsplätze und die Wertschöpfung in der Region.

2. Agrarpolitik/Gentechnik

Schließen Sie sich den Forderungen der Volksinitiative gegen Massentierhaltung an, ausschließlich die artgerechte Haltung finanziell zu fördern und auf Bundesebene Initiativen zur Verschärfung des Immissionsschutzrechtes, der Düngemittelverordnung und des Baugesetzes zu unterstützen?

Ja, die Forderungen der Volksinitiative gegen Massentierhaltung unterstützen wir Grünen ausdrücklich.

Unterstützen Sie die Forderung nach einem gentechnikfreien Land Brandenburg?

Ja, wir Grünen lehnen Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Unsere Fraktion hat mit Anträgen im Landtag erreicht, dass auf landeseigenen Flächen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden, gentechnikfreie Regionen von der Landesregierung unterstützt werden und sich die Landesregierung auf Bundesebene gegen die Zulassung des Genmais 1507 einsetzt.

Weitere Informationen finden Sie dazu bei unserer Landtagsfraktion unter: www.gruenlink.de/qb3

Wie stehen Sie zu der Forderung, die Agrarförderung stärker nach dem Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ auszurichten, um die Leistungen von Landwirten für Natur und Landschaft besser als bisher zu honorieren?

Wir treten für einen klaren Kurswechsel in Brandenburgs Agrarpolitik ein – das unterscheidet uns von allen anderen im Landtag vertretenen Parteien. Wir sind überzeugt, dass uns ein „Weiter so“ über kurz oder lang in die Sackgasse führt. Für uns Bündnisgrüne gehören Wirtschaft, Soziales, Ökologie und Ethik zusammen. Gute Landwirtschaft heißt für uns: Hochwertige Lebensmittel naturverträglich erzeugen, Tiere ihren Bedürfnissen entsprechend halten, unsere Kulturlandschaft pflegen und die biologische Vielfalt schützen! Gute Landwirtschaft bedeutet aber auch: Unternehmerische Freiheit, fair bezahlte Arbeitsplätze und faire Preise für die Produkte. Wir wollen Spielräume nutzen, um eine grüne Agrarwende in Brandenburg in Angriff zu nehmen und die Agrarförderung vor Allem an ökologische Kriterien ausrichten.

3. Biologische Vielfalt

Welche Maßnahmen der Landesregierung Brandenburg zum Erhalt der Biologischen Vielfalt halten Sie für besonders wichtig?

Wir wollen eine ressortübergreifende Strategie auf den Weg bringen mit gezielten Maßnahmen für den Artenschutz, die auch die Begrenzung von gesetzlichen Ausnahmen beinhaltet, sowie mit verbindlichen Zeit- und Finanzierungsplänen. Das kürzlich vorgelegte Maßnahmenprogramm Biologische Vielfalt der Landesregierung ist entsprechend weiterzuentwickeln und umzusetzen. Wir setzen uns für zielgenaue und verlässlich finanzierte Agrarumweltprogramme ein. Hier setzen wir vor allem auf integrative Projekte: auf neue Formen der Kooperation von Landnutzern und Naturschutz, auf Information, Dialog und auf eine bessere Beratung in der Land- und Forstwirtschaft.

Wir wollen Brandenburgs Naturschätze bewahren und mehren. Das bundesweite Ziel, für mindestens zwei Prozent der Landfläche Wildnis zu entwickeln, wollen wir effektiv umsetzen. Gut ein Drittel der Waldfläche Brandenburgs liegt im Besitz der öffentlichen Hand. Sie muss mit gutem Beispiel voran gehen und ihre Flächen zu gesunden Laubmischwäldern mit standortheimischen Baumarten entwickeln, möglichst durch Naturverjüngung. Insgesamt wollen wir für den Waldumbau mehr Mittel bereitstellen. Außerhalb der Siedlungen brauchen unsere Flüsse mehr Raum, damit Hochwasserpegel und Fließgeschwindigkeit sinken. Wir fordern Breitwasser statt Hochwasser!

4. Ländlicher Raum

Was sind für Sie 'Kernpunkte der Ausgestaltung der Lebensbedingungen und der Infrastruktur, um einen attraktiven ländlichen Raum mit einer reichhaltigen Naturausstattung zu erhalten und zu entwickeln?

Wir Grüne wollen gute Lebensverhältnisse in ganz Brandenburg. Dies wird nur möglich, wenn die Bürgerinnen und Bürger mehr mitentscheiden können, wenn die Aufgaben zwischen Kommunen und Land sinnvoll verteilt sind und vor allem die Kommunen angemessen finanziert werden. Denn wir sind überzeugt: So unterschiedlich sich Brandenburgs Regionen, Dörfer und Gemeinden entwickeln, so unterschiedlich sehen die konkreten Lösungen vor Ort aus.

Wie sollte in diesem Sinne die Landwirtschaft als wichtiger Teil des ländlichen Raums ausgestaltet sein?

Gute Landwirtschaft heißt für uns: Hochwertige Lebensmittel naturverträglich erzeugen, Tiere ihren Bedürfnissen entsprechend halten, unsere Kulturlandschaft pflegen und die biologische Vielfalt schützen! Gute Landwirtschaft bedeutet für uns aber auch: unternehmerische Freiheit, fair bezahlte Arbeitsplätze und faire Preise für die Produkte. Brandenburg verfügt über gute Chancen für eine wirklich nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen. Wir Grüne sind überzeugt, dass diese Chancen am besten auch mit einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft zu nutzen sind und nicht mit neuen Agrarfabriken.

5. Verkehr

Wie möchten Sie sicherstellen, dass jeder Ort in Brandenburg auch ohne eigenes Auto erreichbar ist? Bei welchem Verkehrsmittel sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

Unser Ziel ist es, dass künftig mindestens 50 Prozent aller Wege in Brandenburg mit Bus, Bahn, Rad oder zu Fuß zurückgelegt werden können. Um dies zu erreichen, setzen wir Grüne auf einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV), mehr Radverkehr, sichere Straßen und Wege, bessere und barrierefreie Verkehrsmittel, mehr Klima- und Lärmschutz, mehr Elektromobilität und intelligente Lösungen für den Güterverkehr. Die Mittel aus dem Topf des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes wollen wir deswegen in Zukunft zu gleichen Teilen zwischen ÖPNV und Straße aufteilen.

Statt viel Geld in Neubauprojekte zu stecken wollen wir bestehende Verkehrswege erhalten und ertüchtigen.

Treten Sie beim Flughafen Berlin-Brandenburg für ein umfassendes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein?

Ja, wir fordern entsprechend dem von uns unterstützten und erfolgreichen Volksbegehren ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Das Konzept für den Schallschutz wollen wir durchsetzen.

6. Alleen

Setzen Sie sich dafür ein, dass bei erforderlichen Alleebaumfällungen für Nachpflanzungen mindestens ein Verhältnis von 1:1 einzuhalten ist, um den Alleenbestand in Brandenburg in seinem bisherigen Umfang zu erhalten? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie das erreichen?

Ja! Alleebäume gehören zu Brandenburgs Landschaftsbild und sind wichtig für die Naturräume. Daher sollte mindestens ein Baum nachgepflanzt werden. Auch das Alter der Bäume muss berücksichtigt werden, bei älteren Bäumen wollen wir auch mehr nachpflanzen.

7. Naturentwicklungsgebiete im Wald

Unterstützen Sie die Forderung, dass Naturentwicklungsgebiete im Wald ausgewiesen werden und dafür auch der Landesforstbetrieb weitere Flächen zur Verfügung stellt?

Ja, wir stehen zu den genannten Zielen und wollen diese umsetzen.

8. Großschutzgebiete

Welchen Stellenwert haben die Großschutzgebiete in Brandenburg für Sie im Rahmen der Landespolitik?

Wir wollen den Naturtourismus in Brandenburg ausbauen. Hierbei setzen wir vor allem auf das Netz der Großschutzgebiete, in denen es schon heute ein vielfältiges Angebot an Naturerlebnissen für alle Sinne gibt. Diese wollen wir als Modellregionen einer nachhaltigen Regionalentwicklung konsequent fördern und entwickeln.

Wie soll der Bestand der Großschutzgebiete mit ihren Besucherzentren wirksam und langfristig gesichert werden?

Um die Attraktivität und damit auch die Nachfrage nach Angeboten zu erhöhen wollen wir in der neuen EU-Förderperiode ab 2014 in Brandenburg attraktive Förderprogramme schaffen: Für neue und regionaltypische Angebote, für mehr Qualität der Infrastruktur zum Wandern, Radfahren, Reiten oder Wassersport. In dieses Infrastrukturnetz der Großschutzgebiete gehören für uns auch die Besucherzentren. Hier sind die unterschiedlichen Ebenen gefragt eine langfristige Sicherung zu garantieren.

Die massiven Stellenkürzungen haben dazu geführt, dass die Umweltverwaltung ihren Aufgaben nur unzureichend nachkommen kann. Selbst Pflichtaufgaben werden nicht mehr angemessen erfüllt. Zahlreiche Unterschutzstellungen sowie Managementplanungen für die Natura 2000 Gebiete wurden nicht beendet. Für kaum ein Vogelschutzgebiet gibt es eine Schutzgebietsverordnung. Wir fordern deshalb einen Stopp des Stellenabbaus, eine genaue Analyse der Defizite und bei Bedarf eine Aufstockung des Personals. Wir wollen die einheitliche Verwaltung der Nationalen Naturlandschaften (Nationalpark, Biosphärenreservate, Naturparke) erhalten.

9. Umwelt- und Naturschutzbildung / Bildung für nachhaltige Entwicklung

Welche Schritte sind geplant, um die Bildung für nachhaltige Entwicklung querschnittsübergreifend und verbindlich in entsprechende Richtlinien der Landesregierung aufzunehmen?

Wir haben uns sehr intensiv mit dem Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und mit den bildungspolitischen Empfehlungen des Nachhaltigkeitsbeirates beschäftigt. Als 2011 die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) aus dem Beratungs- und Unterstützungssystem für Schule und Schulaufsicht (BUSS) fallen sollte, haben wir uns für den Verbleib eingesetzt und das

Thema in den Bildungsausschuss getragen. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in den Lehrplänen verankert, erfordert aber fächerübergreifendes und projektorientiertes Lernen. Eine Verankerung im Schulgesetz analog zu Berlin könnten wir uns vorstellen.

Wie soll der innovative Ansatz der Bildung für nachhaltige Entwicklung weiter gefördert werden?

Da die Bildung für nachhaltige Entwicklung fächerübergreifendes und projektorientiertes Arbeiten erfordert, brauchen Lehrerinnen und Lehrer für die Umsetzung in den Schulen gute Materialien und mehr Beratungs- und Fortbildungsangebote. Die bundesweiten Aktionstage wollen wir in Brandenburg bekannter machen und stärker fördern. Außerschulische Kooperationspartner wie die Naturschutzverbände können hier eine wichtige Rolle spielen.

10. Bürgerbeteiligung und Transparenz

Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Einbeziehung von Bürgern in Planungsverfahren auf kommunaler wie auf Landesebene weiter zu verbessern?

Zu einer lebendigen Demokratie gehören mehr Bürgerbeteiligung und Stärkung der lokalen Demokratie, mehr Transparenz und bessere Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement.

Deshalb wollen wir,

- dass Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch auf Ortsteil- oder Stadtteilebene möglich sind, wenn sie nur den Orts- oder Stadtteil betreffen;
- den Ausschlusskatalog für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide konsequent entrümpeln: Auch bei Bauvorhaben sollen Bürgerinnen und Bürger mitreden können.
- eine amtliche Kostenschätzung für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide einführen – wir wollen, dass die Verwaltung in der Pflicht ist, Kostendeckungsvorschläge zu machen.
- Unterschriften- und Abstimmungsquoten angemessen absenken,
- neue Beteiligungsinstrumente wie z.B. Bürgerhaushalte fördern und unterstützen.
- die Beteiligungsmöglichkeiten und -rechte von Kindern und Jugendlichen altersgerecht ausbauen und stärken,
- Beteiligungsverfahren fachkompetent durch gute Planung begleiten, um somit Platz zu schaffen für sachliche Auseinandersetzungen.

Wir wollen eine Abkehr vom bestehenden Prinzip des Amtsgeheimnisses hin zu einem zentralen Informationsregister mit proaktiver, vollständiger und zeitnaher Veröffentlichung aller Daten die keiner berechtigten Datenschutz- oder Sicherheitsbeschränkung unterliegen von Seiten der öffentlichen Hand. Dafür wollen wir das bestehende Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz durch ein Informationsfreiheitsgesetz mit Open Data Strategie ersetzen.

Setzen Sie sich für die Verbesserung direktdemokratischer Verfahren, insbesondere für die freie Unterschriftensammlung bei Volksbegehren ein?

Ja, wir wollen die parlamentarische Demokratie ebenso stärken wie die Elemente direkter Demokratie. Dafür wollen wir bestehende Hürden abbauen, u.a. wir wollen die freie Straßensammlung bei Volksbegehren ermöglichen und die Sammlungsfrist auf 6 Monate verlängern. Unsere Fraktion hat dazu schon 2011 einen umfassenden Antrag vorgelegt. Die BürgerInnenbeteiligung muss auf allen Ebenen gestärkt und festgeschrieben werden, auch die Ergebnisse demokratischer Mitbestimmung müssen ernster genommen werden.